Editorial

1999 wurde Europa erschüttert durch einen zweiten Krieg am Balkan. Nach wiederholten Berichten von Greuelthaten an der Zivilbevölkerung im Kosovo und dem Einsetzen einer Massenflucht wählten die NATO-Staaten den militärischen Weg einer „humanitären Intervention“. Obwohl unbestritten war, dass man tägliche Menschenrechtsverletzungen nicht einfach hinnehmen kann, gab es von Anfang an trotz breiter Unterstützung der Medien auch Kritik, ob ein solcher Weg zielführend, die gewählten Methoden sinnvoll und vor allem das ganze Vorgehen moralisch zu rechtfertigen sei. Bei internationalen Interventionen kommt auch die traditionelle Lehre von einem „gerechten Krieg“ an Grenzen. Wie ist ein solches Eingreifen Dritter, zumal ohne Mandat der UNO ethisch zu beurteilen?

Diesen Fragen widmen sich die ersten beiden Artikel des vorliegenden Heftes, das insgesamt einen ethischen Schwerpunkt besitzt. Der Politikwissenschaftler BERNHARD SUTOR (Eichstätt) kommt dabei in der schwierigen Abwägung zwischen Handlungsdruck aufgrund der Verbrechen des Milosevic-Regimes, militärischen Unsicherheiten und fehlender Rückendeckung durch den Sicherheitsrat zu einer vorsichtig positiven Beurteilung: Er sieht das Eingreifen der NATO als Ermessensentscheidung zur Durchsetzung der Menschenrechte in einem sonst nicht lösbaren Notstand, bedingt durch das Fehlen einer wirksamen Friedensordnung der Staatengemeinschaft. Der Sozialethiker SEVERIN RENOLDNER (Linz) setzt die Akzente etwas anders. Ohne die Verbrechen an den Albanern herunter zu spielen legt er den Finger auf den eigenmächtigen Einsatz von Gewalt ohne Legitimierung durch die UNO, auf die Unklarheit hinsichtlich der längerfristigen Friedenssicherung und die einseitige Berichterstattung in den westlichen Medien. Seine These, der Friede sei ein langfristiger und mühsamer Weg, bewahrheitet sich an den aktuellen Berichten von trotz Anwesenheit der KFOR-Truppen nicht endenden Zusammenstößen.

Von einer anderen Seite beschäftigt sich der Moralthologe DIETER WITSCHEN (Osnabrück) mit Voraussetzungen eines wirksamen Menschenrechtsschutzes. Eine davon ist die Tugend der Zivilcourage, wie sie sich im Einsatz einzelner Menschen oder nichtstaatlicher Organisationen gegen Menschenrechtsverletzungen zeigt. Was „Gerechtigkeit“ in einer Gesellschaftsordnung meinen kann, differenziert JOACHIM HAGEL (Salzburg). Als Auseinandersetzung zwischen „Liberalismus“ und „Komunitarismus“ ist die entsprechende Fachdiskussion über den akademischen Bereich hinaus bekannt geworden und betrifft u.a. die auch bei uns wieder aktuelle Frage der Verteilungsgerechtigkeit: Darf ein Staat Wirtschafts- und Sozialordnung einfach dem freien Spiel der Kräfte überlassen? LARS REUTER (Aarhus, Dänemark) setzt sich mit der postmodernen Infragestellung von Autonomie und Selbstbestimmung auseinander und zwar anhand der Sterbehilfe-Thematik, in der Selbstbestimmung ein zentrales Argument darstellt.